

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesfähre 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **MT. 1.60.** Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 176.

Donnerstag, den 25. Oktober 1894.

1. Jahrgang.

Sterzu eine Beilage.

Mehr Muth, Germanen.

Zu den wenigen Universitätsökonomien, die einer ernsthaften Sozialpolitik mit trefflichen Gründen das Wort reden, gehört Werner Sombart, Professor der Staatswissenschaften an der Breslauer Hochschule. Sombart ist ein unerschrockener Kritiker der herrschenden Zustände, der ehrliche Rückblicker, der sich beeifert zu lassen, mag er die Mißwirtschaft in der römischen Campagna oder die Uebelstände in der deutschen Cigarrenindustrie ans Licht ziehen. Daraus allein erhellt, daß ein geschüttelt und gerüttelt volles Maß von hämischen Angriffen und hinterlistigen Nachschlägen der großbürgerlichen Presse über Sombart, den Mitarbeiter des sozialpolitischen Centralblattes, schon niedergegangen ist. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die damals noch der Oberprofos Bindter leitete, hat den Breslauer Universitätslehrer mit nicht minder deutlichem Winke dem Kultusminister demuzirt, als das Blatt der schlesischen Agrarier, die Schlesische Zeitung, oder die Organe, die den Stumm, Massenez und Baare dienen. Kein Zweifel, daß auch der neueste Aufsatz, den er soeben im letzten Heft der Zukunft, der Berliner Wochenschrift, veröffentlicht hat, die Indianer der Bourgeoispreffe auf den Kriegspfad rufen wird. „Mehr Muth, Ihr Germanen“, so apostrophirt Sombart ironisch die bürgerliche Klasse in Deutschland, deren schlotternde Angst vor der Sozialdemokratie er ebenso treffend kennzeichnet, wie die bodenlose Unwissenheit auch der „Gebildeten“ in allem, was von der sozialen Frage, von der sozialen Bewegung, von der Geschichte und der Litteratur des Sozialismus handelt. Mit einem Mannesmuth, den der deutsche Durchschnittsprofessor aber auch nie besessen hat, legt er die Klugheit der Machthaber dar, denen der einzige Ausweg aus den sozialen Kämpfen das brutale Mittel der wüthenden Gewalt, der Ausnahmemaßregeln und der Zwanngspolizei zu sein dünkt. „In einer Art von Verfolgungswahn“, schreibt Sombart, „steht man an allen Ecken und Enden zugleich das Unheil hereinbrechen. Die Angst — sie deckt sich stets mit neuen Masken zu“. Heute ist es ein Theaterstück, in dem auffälliger Weise einmal von Hungern die Rede ist, Morgen vielleicht eine Volksversammlung, ein Massenparadezug, eine Arbeitseinstellung, ein Boykott, ein Kongreß, was Schrecken bereitet: „man hebt vor allem, was nicht trifft.“ Ja, könnte man sich allerorts so leicht schüßen, wie vor den bösen Theaterstücken, könnte man etwa auch zur Bethätigung einer politischen Meinung nur denjenigen zulassen, der präsumtiv vorher leidlich zu Mittag gespeist hat, könnte man auch das Entree in das soziale Theater auf mindestens eine Reichsmark normiren! Das freilich wird schwer anzuwenden sein. So will man wenigstens den böartigen Rötter, die Sozialdemokratie, wieder an die Kette legen — vielleicht, daß man dann etwas ruhiger zu Bette geht. Wie man es anstellen solle, darüber ist man noch nicht ganz einig unter den Mannesheelen. Daß aber die Polizei dabei vor allem mitzuhelfen habe, das steht fest. Noch mehr Polizei! Mit diesem Defideratum ist der Ideenreichtum des deutschen Normalbiederannes erschöpft. Er zieht sich die Pispelmütze noch etwas tiefer über die Ohren und läßt den Schutzmannsfädel, nöthigenfalls auch den Gummischlauch, walten. Wahrhaftig — es wird bald so weit gekommen sein, wie jüngst jemand prophezeite, daß jede Schlafmütze von zwei Pispelhauben bewacht werden muß. Selbstverständlich erscheint auch diesmal wieder unser Biedermann in der Haut des Löwen: eine „starke Regierung“ fordert er. Er kommt sich ungeheuer groß dabei vor, während es doch nichts als erbärmliche Feigheit ist, was ihn zu dieser Forderung treibt. Eine „starke“ Regierung, das ist natürlich eine solche mit sehr viel Polizei und Maulkorbpolitik, eine Regierung, unter deren Schutze der treffliche Mann ungestört sein Schlafen weiter halten kann. Wenn Sombart allerdings meint, daß unsere „leitenden Staatsmänner“ noch nicht „zurückgewichen“ seien, so irrt er sich: die zwei Ministerkonferenzen, die umsturzgesetzschwanger gebrütet haben, beweisen zu deutlich nur das Gegentheil, und die Erinnerung an den italienischen Staatsmann Cavour, der 1861 sein: „Kein Belagerungszustand! Keine Gewaltmaßregel! Keine Unterdrückung! Regiert

mit der Freiheit! Mit dem Belagerungszustand kann jeder regieren!“ rief, kommt zu spät.

In diesem Optimismus, der vom Dornstrauch Feigen lesen will, der von den Männern des neuen Kurzes einen ernstlichen Widerstand, auch nach der Königsberger Kaiserrede, noch erhofft, liegt der Grundfehler der Sombartschen Gesamtauffassung. Dieser Optimismus stört den sonst so klaren und glatten Kalkül und zeigt, daß der scharfsinnige Gelehrte noch nicht die Rückstände der bürgerlichen Ideologie abgestoßen hat. Er hofft, daß die Bourgeoisie noch einen ausreichenden Fonds von Idealismus besitze, und das ist ein bedenklicher Rechenfehler. Denn er, der dem Großbürgertum die Wahrheit ungeschminkt sagt, vergißt, daß dieses in der üblichen Praxis bereits längst „jenseits von gut und böse“ seine Herrenrechte ausübt. Gewiß, die Mehrzahl der „Gebildeten“ müßte überhaupt erst die gesellschaftlichen Zustände kennen lernen, und schwört auf die tendenziösen Entstellungen ihrer Presse, die tauglichste Litteratur ist es nicht immer, woraus über soziale Dinge die bürgerlichen Leser sich unterrichten. Sicherlich ist es eine drohende Gefahr für den friedlichen Austrag der wirtschaftlichen und politischen Konflikte, daß die Besitzenden gegen jede wirkliche Sozialreform sich sperren und auf Büttel und Schergen hoffen. Aber was nützt es denn, wenn Sombart den „Germanen“ zuruft: „Wie oft soll man wiederholen, daß eine radikale Partei umso mehr an revolutionärer Kraft gewinnt, je mehr sie die Wege des Rechtes zur Erreichung ihrer Ziele abgebrochen sieht, je mehr sie durch die Polizei chikanirt wird, je mehr ihr Einkerkungen, Ausweisungen u. s. w. Märtyrer der guten Sache liefern? Man hat sich immer besonders darüber empört, daß auf dem Parteitag in Wyden das Wort „gesetzlich“ aus dem Programm der Sozialdemokratie gestrichen worden ist. Ja, will man denn nicht sehen, daß eben diese Streichung die Wirkung des Sozialistengesetzes gewesen ist?! Hat unser Bürgertum die mahnenden Worte ganz und gar vergessen, die — freilich vor hundert Jahren — ein herzoglich Weimarerischer Hofrath in einem seiner Helben in den Mund gelegt hat, jene tiefen Worte, die in den gewaltigen Satz ausklingen: „Zum letzten Mittel, wenn kein anderes mehr verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben.“

Wenn im Süden, in Oesterreich der persönliche, private Verkehr zwischen Vertretern der bürgerlichen Gruppen und den Sozialdemokraten ein lässlicher, angenehmer ist, so erklart sich das aus dem Temperament der Süddeutschen zur Genüge. Aber die Klassengegensätze sind auch dort, und sie verschärfen sich zusehends. Kein Verständiger wird bestreiten, daß es gut ist, wenn angemessene Formen im Verkehr mit politischen Gegnern sorgsam gewahrt werden, während jetzt nicht selten noch ein übler Scheltjargon in dem Kampfe der Meinungen laut wird. Hier kann man, ohne die Ursache des Uebels näher zu erörtern, ruhig gestehen: Intra muros Iliacos peccatur et extra, (innerhalb der trojanischen Mauern wird gesündigt und auch außerhalb) bei uns und bei den Widerachern ist hier gesündigt worden und wird noch gesündigt.

Freilich ist es ein Merkzeichen der Zerfetzung alter Ueberlieferungen, Begriffe und Zustände, daß sich die Zahl der Eingänger, der Eigenbrödler mehrt, die ihren eigenen Weg gehen, innerlich losgelöst von den bürgerlichen Parteien, ergriffen von der sozialen Noth und bereit, an ihrem Theil an gründlichen Reformen mitzuwirken. Das sind Uebergangsgebilde. Welchen sozialen Nuzseffekt aber gewähren diese vereinzelt Schwärmgeister, die als getreue Eckarte ihre Klasse zur Umkehr, zur Einkkehr mahnen?“

Entweder bleiben sie Prediger der Wüste und gehen an dem Versuche, auf dem Boden der bürgerlichen Wirtschaftsordnung grundstürzende Verbesserungen durchzuführen, zu Grunde, betäubende Opfer der niedrigen und widrigen Selbstsucht der Mächtigen, denen sie nicht ungestraft einen Spiegel vorhalten. Oder sie verbrennen die Schiffe hinter sich und roden auf sozialistischem Neuland. Hier wird der Bezug charaktervoller, gründlicher, tüchtiger Mitarbeiter aus dem Lager der bürgerlichen Intelligenz willkommen sein, hier wird er nützen. Denn die Bourgeoisie, die mit klammernden Organen an dem heutigen Besitzstande hängt, die ihrer Machtstellung jedes Opfer bringt, das Opfer des Intellektes, das Opfer ihrer gesellschaftlichen Ueberlieferung, das Opfer der politischen

Ehre und der bürgerlichen Freiheit wird nie und nimmer in ihrer Masse sich zur Sombartschen Auffassung bekehren.

Ebenso wenig wird auch die Sozialdemokratie von dem natürlichen Grunde, auf dem sie ihre Siege erringt, worin ihre Kraft wurzelt, jemals abrücken, von der Wahlstatt des Klassenkampfes.

Jedemoch das Verhängniß naht, die „Germanen“, bebend vor dem Massenschritt der Arbeiterbataillone, schlagen den „politischen Generalmarsch“, den weißen Schrecken beschwören sie mit angstblassen Lippen. Und während die neunmalweisen Staatsmänner die Ketten schmieden und die Büttel drillen, lässeln die Philister noch zitternd und bebend sich zu: „Mehr Muth, Ihr Germanen!“

Politische Rundschau. Deutschland.

Ueber die Einberufung des Reichstags sind nunmehr in den maßgebenden Regierungskreisen die endgiltigen Bestimmungen getroffen worden. Der Reichstag wird, wie der „Berl. Volksztg.“ von gutunterrichteter Seite versichert wird, am 22. November im neuen Reichstags-hause zusammentreten. Vor diesem Termin soll eine besondere Feier, sei es Einweihungsfeier, sei es Schlusssteinlegungsfeier, im neuen Reichstags-hause veranstaltet werden. Wahrscheinlich wird der 15. November für diesen feierlichen Akt in Aussicht genommen.

Zur inneren Lage. Von gut unterrichteter Seite wird der „Berl. Volksztg.“ geschrieben:

„Die stillen Kämpfe, welche die letzten Wochen ausgefüllt haben, lassen sich im Augenblick nicht skizziren. Thatsächlich hat es sich um weit mehr, als die Verschlechterung einiger Paragraphen des Strafgesetzbuches gehandelt. Die Vorbereitungen zu der Aktion liegen ziemlich weit zurück. Aber erst nach den Königsberger Tagen hatte sich die Situation so zugespielt, daß man sie unter dem Schlagwort „Ausnahmegesetz oder nicht“ zusammenfassen konnte, eine Situation, die gleichzeitig durch die Stellungnahme des Grafen Caprivi komplizirt werden mußte. Die Freunde der Ausnahmemaßregeln wußten das sehr genau und sie schürten das Feuer mit rührigstem Eifer. Es lag dabei im Plane, vor Allem das preussische Ministerium, in dem man starken Rückhalt für derartige Maßregeln zu vermuthen guten Grund hatte, zu dem Reichskanzler in den ausgesprochensten Gegensatz zu bringen. Dieser Plan ist vollständig gescheitert. Das preussische Ministerium hat sich nach längeren Berathungen in seiner großen Mehrheit auf den Standpunkt des Reichskanzlers gestellt und den dissentirenden Mitgliedern ist nichts übrig geblieben, als sich ihrerseits mit diesem Standpunkt einverstanden zu erklären. Demnach werden wir kein Ausnahmegesetz, sondern allenfalls eine Aenderung des Strafgesetzbuches erleben — falls nämlich der Reichstag sich darauf einlassen wird. Wir werden aber auch vorläufig allem Vermuthen nach keine Kanzler- oder Ministerkrisis erleben, denn dazu liegt nach der erzielten Verständigung keine Veranlassung mehr vor. Wie weit der Reichskanzler, um dieses Resultat zu erreichen, seine Person eingesetzt hat, wissen wir nicht, es ist im Grunde auch gleichgiltig, thatsächlich dürfte sich als richtig erwiesen haben, was die „Volks-Zeitung“ kürzlich schon betonte, daß das preussische Ministerium in der Mehrzahl seiner Mitglieder einer aggressiven Haltung durchaus abgeneigt gewesen ist, daß sonach der Reichskanzler gegenüber dem Vertreter eines aggressiven Vorgehens, gegenüber dem Grafen Eulenburg, von Anfang an gewonnenes Spiel hatte. Ob sich für die Zukunft aus dem Gegensatz der Anschauungen, der sich bei dieser Gelegenheit zwischen dem Reichskanzler und dem Ministerpräsidenten ergeben hat, weitere Verwickelungen persönlicher Art ergeben werden, das kann für den Augenblick dahingestellt bleiben. Für jetzt genügt es zu wissen, daß wir eine Ausnahmeseizgebung nicht erhalten und daß ein Konflikt mit dem Reichstag aus Anlaß der vorgeschlagenen Aenderung des Strafgesetzbuches vermieden werden dürfte.“

Eine Deputation wärschlechter Agrarier „haben Seine Majestät im Neuen Palais zu empfangen geruht“, berichten die agrarischen Blätter. Und es ist wirklich der agrarische Löwentrog gezähmt, und sanft wedelnd

wie Händlein standen sie vor dem Monarchen und versicherten ihm, daß sie in „angestammter Treue und unbedingtem Gehorsam gegen Euer Majestät beharren wollen auch dann, wenn sie in wirtschaftlichen Fragen nach bestem Gewissen eine von den Räten der Krone abweichende Ansicht ausgesprochen haben“. Die ostpreussische Abordnung des Bundes der Landwirthe hat damit die Rede des Königs in Königsberg so beantwortet, wie es von der Seite zu erwarten war. Hielt der König nicht, so mag es mit der Unterwürfigkeit besser gehen. Und es ging. Gnädig hörte der König sie an, gnädig erwiderte er ihnen.

Ernteertrag. Die „Statistische Correspondenz“ beziffert Mitte Oktober den Ernteertrag auf Grund von Probepflügen wie folgt: Winterweizen 1694, Sommerweizen 1649, Winterroggen 1474, Sommerroggen 1300, Sommergerste 1814 Kilogramm pro Hektar. Der Stand der jungen Saaten ist: Winterweizen 2,4, Winterroggen 2,3, Wintergerste 2,4, Klees 2,0. Die Witterungsverhältnisse werden für die keimenden und aufgehenden Saaten im Allgemeinen als günstig bezeichnet. Die Bestellung der jungen Saaten ist ohne wesentliche Störung verlaufen, ihr Stand berechtigt zu guten Hoffnungen.

In Sachen Leist ist es, wie der „Reichsb.“ erfahren haben will, im Auswärtigen Amt bereits beschlossene Sache, den ehemaligen Kanzler Leist im Reichsdienst nicht mehr zu verwenden und Berufung gegen das Urtheil der Potsdamer Disziplinarkammer einzulegen, sobald das Urtheil derselben ausgefertigt vorliegt. — Das entspricht nur dem Recht.

Nichts gelernt und nichts vergessen. Für den Fall der Reichstagsauflösung rathen die „Hamb. Nachr.“, das Organ des Fürsten Bismarck, schon jetzt zur Wiederherstellung eines Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie nach dem Muster des früheren Sozialistengesetzes. Zunächst soll man dem Reichstag gemeinrechtliche Vorlagen machen, weil diese immerhin mehr Ansehen hätten als ein Spezialgesetz. Dagegen würde „im Falle der Auflösung ein außerordentliches Gesetz mehr Anklang finden als eine gemeinrechtliche Gesetzgebung, welche leicht jeder lebhafteren Opposition, wie sehr dieselbe auch auf dem Boden der bestehenden Ordnung verbleiben möchte, gefährlich werden könnte.“ — Mancher bleibt dumme sein Lebelang, auch die „Hamb. Nachr.“ werden nie geschiedter.

Der Antrag Kanitz soll wiederkommen und es gilt deshalb, für ihn nach Möglichkeit Stimmung zu machen. Die „Kreuz-Ztg.“ unterzieht sich diesem Geschäft mit anerkannter Ausdauer, wenn auch mit schwachem Erfolge. So gar die Getreidehandelspolitik des alten Reich muß zu Klamezwecken dienen. Sie drückt einen Bericht über einen Vertrag ab und findet es besonders bemerkenswerth, daß der Bericht aus der „Nordd. Allg. Ztg.“ stammt. Es heißt darin über die Politik Friedrich II.:

Friedrich wollte bei diesem ganzen Ein- und Verkauf keinerlei Gewinn für sich erkrögen; er wollte nur die Getreidepreise in seinem Staate in einer gewissen Mäßigkeit erhalten, „wie immerwährend dahin balanciren, daß selbige niemals zu hoch steigen, hingegen auch nicht zu sehr fallen, und daß der Bürger, Bauer, Beamte und Edelmann miteinander dabei bestehen können“, wie es in einer Kabinetsordre an den Chef des preussischen Magazinswesens, Minister v. Ratt, heißt. Die ungeheure Gewalt, welche Friedrich über das unentbehrliche Nahrungsmittel seines Volkes besaß, hat er seinen Augenblick seines Lebens zu Gunsten einzelner Stände oder Klassen der Gesellschaft mißbraucht; er hat sie jederzeit ganz und gar in den Dienst des Staates, der Allgemeinheit gestellt. In dem stolzen Gefühl seiner königlichen Stellung schreibt der Monarch in sein zweites politisches Testament von 1768 die Worte: „Eine Aufgabe, werth eines Königs, ist es, in den Getreidepreisen eine genaue Mäßigkeit und Mittelnie zu halten, zwischen den Interessen des Edelmannes, des Domänenpächters, des Bauern auf der einen Seite und den Interessen des Soldaten und des Fabrikarbeiters, die von ihrer Löhnung oder ihrer Hände Verdienst leben, auf der anderen Seite.“

Vielleicht empfiehlt die „Kreuz-Ztg.“ dem Grafen Kanitz das genaue Studium dieser „königlichen“ aber gewiß nicht Kanitz'schen Grundsätze.

Vom Duellblüthum. Im Sommersemester 1894 waren die deutschen Universitäten von 27 830 Studenten besucht. Von den „inorporirten“ Studenten dieses Semesters waren über 2000 — nämlich 180 dem Schwarzburgbund angehörige, 451 zum Wingolf zählende, 611 den katholischen Verbindungen und 767 den katholischen Vereinen eingegliederte — also fast 7 pCt. der Gesamtstudentenschaft, prinzipielle Gegner des Duells. Die Zahl der nichtinorporirten Studenten, die das Duell verwirft, ist gleichfalls keine geringe. Auch die Vereine deutscher Studenten dürften, so schreibt der „Reichsbote“, nicht wenige Duellgegner stellen. (Na, na, wo bliebe denn da die unentbehrliche „Schneidigkeit“?) Leider haben diese, sowie viele andere nicht farbentragende Vereine keine entschiedene Stellung dem Duell gegenüber. (Na, also!) In der „Konf. Monatschrift“ wurde kürzlich bei Besprechung einer Broschüre des Prof. D. Cremer-Greifswald gegen das Duell gesagt, daß Duell diene zum Schutze der christlichen Moral in der Gesellschaft. — Wenn das wahr wäre, so hätte die christliche Moral, die des Schutzes der Pistole und des Duellcomments bedarf, nichts Eiligeres zu thun, als den Katechismus zu reformiren und das fünfte Gebot dahin zu amendiren: „Du sollst, außer dem Duell, nicht tödten.“

Landgerichtsrath Pfizer, bekannt aus dem Pfizer-Hg-Prozess ist als Rechtsanwalt beim Landgericht Stuttgart zugelassen.

Vom Rechtsstaat. Daß man in Preußen, und wohl auch sonstwo, durch regierungsfreundliche Thätigkeit im Parlament Karriere machen kann, ist bekannt. Ein neues

Mittel dieser Art ist nun in Ostpreußen wirksam angewandt worden. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: „Der durch sein politisches Duell mit dem freisinnigen Amtsrichter Mantey in weiteren Kreisen bekannt gewordene hochkonservative Rechtsanwalt Schimmelfennig in Heinrichswalde bei Tilsit, welchem seiner Zeit die Strafe im Gnadenwege erlassen wurde, ist der Regierung zu Köslin zur kommissarischen Beschäftigung überwiesen worden. Dieser bei Rechtsanwälten selten eintretende Fall verdient umso mehr bemerkt zu werden, als unmittelbar nach der Strafbefreiung des Rechtsanwalts, die, wie uns versichert wird, auf sicheren Grundlagen beruhende Nachricht von seiner Ernennung zum Regierungsrath durch die Zeitungen ging, damals aber als ein vollständig aus der Luft gegriffenes Gerücht dementirt wurde. Von der kommissarischen bis zur ständigen Beschäftigung ist nur ein sehr kleiner Schritt.“ Da sage noch jemand, die Gesezestreue werde nicht belohnt. In Wahrheit steht die „gute Gesellschaft“, zu der sich das Beamtenthum zählt, weit über dem Gesetz — das arbeitende Volk zum Ausgleich sehr tief darunter.

Italien.

Die Auflösung des Zentralkomitees der sozialistischen Arbeiterpartei und sämtlicher Sektionen in Mailand erfolgte durch ein Dekret des Präfekten. Die Polizei besetzte die Arbeiterbörse und schloß ihre 45 Sektionen. Die Hausdurchsuchungen in den zahlreichen andern, in der Stadt verstreuten Vereinen und in den Privatwohnungen der Vorstandsmitglieder dauern fort. Jeder Esel kann mit solchen Gewaltmitteln regieren.

Frankreich.

In Compuis besteht ein Waisenhaus, das mit all seinem An- und Zubehör von einem gewissen Prevost dem Seinedepartement unter der Bedingung vermacht wurde, daß daselbst kein religiöser Unterricht stattfinden und die Mädchen und Knaben zusammengezogen werden. Zum Direktor wurde Herr Paul Robin bestellt, der aus einer der ersten Schulen Frankreichs hervorgegangen ist und die Anstalt seit nahezu 14 Jahren im Sinne des Testators und zwar mit ganzer Hingebung und zur vollsten Zufriedenheit der Ueberwachungskommission geleitet hat, in der sich neben mehreren Mitgliedern des Generalraths der Seine, Herr Vuiffon, Direktor im Unterrichtsministerium und Testamentsvollstrecker Prevosts, Herr Mascart, Mitglied des Instituts von Frankreich und Direktor der meteorologischen Centralanstalt, und Herr Verony, Direktor der Departementsangelegenheiten befinden. Die Anstalt hat in der kurzen Zeit ihres Bestandes eine Unzahl von Ehrendiplomen und Preisen erhalten und ihr Direktor von allen bedeutenden Pädagogen, die das Waisenhaus besucht, nur Lob geerntet. Aber wie kann eine Anstalt etwas taugen, wo kein religiöser Unterricht erteilt wird? Von dem Momente an, da der „neue Geist“, der nichts anderes als der alte Reaktionsgeist ist, über Frankreich gekommen, begann denn auch die Heze gegen das Waisenhaus und seinen Direktor. Den Reigen begann die von Drumont geleitete Libre Parole; zu deren Gründung der ehemalige klerikale Pariser Gemeinderath Odelin das Geld gegeben haben soll, während er thatsächlich aber nur der Namensleihen ist, das Geld aber von den Pfaffen kommt. Da wurde mit einemmal das Waisenhaus zu einem „Schweinefutt“, die Knaben zu künftigen Verbrechern und die Mädchen zu künftigen H... erzogen. Es ist kaum glaublich, welche Infamien gegen diese Anstalt geschleudert wurden, bis das Pfaffenthum endlich sein Ziel erreicht hatte und Herr Robin über die Köpfe der Ueberwachungskommission hinweg abgesetzt wurde. Damit ist aber die Angelegenheit keineswegs erledigt. Denn nun hat der Generalrath der Seine die Sache in die Hand genommen. In seiner am Mittwoch erfolgten Eröffnung hat er gleich die Absetzung Robins aufs Tapet gebracht und dabei das Vorgehen der Regierung durchaus nicht mit Glacehandschuhen angefaßt. Er fordert die Aktenstücke, auf Grund deren Robin abgesetzt wurde, und sollte die Regierung dies verweigern, was voraussichtlich ist, will der Generalrath am nächsten Montag über die in dieser Angelegenheit weiter zu ergreifenden Schritte beraten. Die Regierung wollte den Kampf, nun sie wird ihn denn auch haben. (L. B.)

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Erster Verhandlungstag.)

Singer eröffnet die heutigen Verhandlungen kurz nach 9 Uhr. Er begrüßt den Vertreter der ungarischen Sozialdemokratie, den Genossen Silberberg, und theilt mit, daß heute Abend auch Dr. Viktor Adler aus Wien, der dort wegen der jüngsten Vorkommnisse noch zurückgehalten worden sei, eintreffen werde. Außer einer Anzahl Begrüßungstelegramme aus Deutschland ist ein solches von dem spanischen Genossen Galejas eingelaufen.

Zu einer Ansprache erhält Silberberg-Budapest das Wort. Er hebt hervor, daß zum ersten Male die ungarischen Parteigenossen auf einem deutschen Parteitag vertreten seien, und bringt den deutschen Genossen die herzlichsten Grüße seiner Auftraggeber; er hoffe, im Laufe der Verhandlungen noch einiges über die ungarischen Parteiverhältnisse sagen zu dürfen.

Berichte des Vorstandes und der Kontrolleure.

Der Parteitag tritt nun in die Berathung des ersten Punktes der Tagesordnung: Geschäftsbericht des Vorstandes, ein, der mit dem zweiten Punkt: Bericht der Kontrolleure, verbunden wird.

Reichstagsabgeordneter Gerisch nimmt in seinem Bericht über die Thätigkeit des Parteivorstandes Bezug auf den bereits gedruckten Bericht. Er geht dann auf die Kritik der Thätigkeit des Parteivorstandes ein, wie sie in einer Anzahl Anträge zum Kapitel

„Parteibeamte“ zum Ausdruck gelangt sei. Besonders die bald nach dem Kölner Parteitag erfolgte Besetzung des Parteisekretärs R. Fischer an die Spitze der Parteibuchhandlung hat zur Kritik Anlaß gegeben. Man hat dabei dem Parteivorstande Motive untergeschoben, die gar nicht zutreffen. Hätte der Vorstand wirklich derartige Motive gehabt, so wäre er nicht werth, die Geschäfte der Partei zu führen. Man habe mit den bisherigen Leitern der Buchhandlung nicht sonderlich gute Erfahrungen gemacht und brauche einen neuen Leiter. Genosse Fischer hatte sich für den Posten gemeldet, und obwohl der Vorstand den Genossen Fischer sehr ungern aus dem Vorstande scheiden sah, übertrug man ihm den Posten. Sellen ist ein Beschluß im Vorstande so einmüthig gefaßt worden. Wenn man das Gehalt Fischers (4000 Mk.) bemängelt hat, so ist zu erwidern, daß der Vorstand glaubte, ihm das gleiche Gehalt zubilligen zu müssen, den seine Vorgänger erhielten, die nicht dieselben Fähigkeiten für den Posten mitbrachten. Der Vorstand will auch gleich auf die übrigen Einwände eingehen, die aus den Kreisen der Parteigenossen gegen die Gehälter der übrigen Parteibeamten erhoben worden seien. Gen. Auer z. B. ist die sichtbare Spitze der Parteileitung. Es erwachsen ihm daraus besondere Verpflichtungen, die wieder besondere Ausgaben zur Folge haben. Wohnung- und Repräsentationskosten müssen hier in Rechnung gezogen werden. Außerdem mußte zwischen dem „Vorwärts“ und dem Parteivorstande eine Verbindung geschaffen werden und Gen. Auer wurde beauftragt, diesen Verbindungsdiens zu versehen, und weil er nun täglich in der Redaktion zu thun hatte, so hat ihm der Vorstand eine Zulage von 125 Mk. monatlich bewilligt. Der Vorstand habe kein Versehen daraus gemacht, er glaube im Sinne der Parteigenossen gehandelt zu haben. Dies solle den nach dieser Richtung Kritik übbenden Antragstellern zur Erklärung dienen. Redner erwidert dann die Verhältnisse der Parteipresse und weist auf den hohen Zuschuß hin, den das Kölner Parteiblatt erfordert hat (20.000 Mk. im Jahr). Es müßten Mittel und Wege gefunden werden, diesen Zuschuß zu verringern. Man sei in Köln den Anforderungen, die mit der Herausgabe einer Zeitung in geschäftlicher Beziehung verbunden sind, nicht gewachsen gewesen. Es sei thöricht, wenn man glaube, man könne so ohne Weiteres den billigen General-Anzeigern Konkurrenz machen. Allen Forderungen, die von den Parteigenossen auf Verbilligung der Parteipresse gestellt seien, hätte nicht stattgegeben werden können, dazu reichte das Geld in der Parteikasse nicht aus. Er hoffe, der Parteitag werde mit der Geschäftsführung des Vorstandes einverstanden sein.

Abg. Meister giebt den Bericht der Kontrolleure. Die Kontrolleure haben gegen die Kassengeschäfte nichts einzuwenden gehabt. Es sind fünf Beschwerden eingelaufen, von denen drei sofort zurückgewiesen wurden, während zwei Unterstützung der Parteipresse betrafen. Was den Fall Fischer betrifft, so ist nur zu sagen, Fischer stellt als rechter Mann auf dem rechten Platz. Der an Auer gezahlte Zuschuß sei gerechtfertigt. Auer hat außer seinen Bureaukosten Monats von 6 bis 11 im „Vorwärts“ zu thun gehabt. Das konnte nicht umsonst verlangt werden. Meister wendet sich gegen das Fieber, neue Zeitungen zu gründen, die die Parteipresse mache sich selbst Konkurrenz, namentlich in Rheinland-Westfalen. Für die Presse dürfe nicht so viel Geld ausgegeben werden, da wo die Genossen leichtsinnige Gründungen vollzogen haben, diese die Parteikasse nichts zahlen. Die Ausbreitung des „Sozialdemokrat“ habe nicht die gehoffte Höhe erreicht. Ins Ausland gingen nur 500 Exemplare. Es hätten also diejenigen Recht gehabt, welche sich gegen die Gründung des „Sozialdemokrat“ ausgesprochen haben. Nichtsbestoweniger seien die Kontrolleure der Ansicht, daß der „Sozialdemokrat“ weiter bestehen solle. Meister bittet schließlich um Decharge-Ertheilung für den Vorstand.

Singer stellt nun die Unterstützungsfrage für die zum Kapitel „Parteibeamte“ gestellten Anträge.

Die Parteigenossen des 1. Berliner Wahlkreises beantragen:

a) Der Parteitag hat eine Kommission von 11 Mitgliedern einzusetzen, welche die Gehälter der Parteibeamten und Redakteure einer Revision unterzieht; jedoch dürfen derselben weder Parteibeamte noch Redakteure angehören.

b) Der Parteitag setzt das Maximalgehalt der Parteibeamten und Redakteure auf 3000 Mk. jährlich fest; für diejenigen Beamten u. s. w., die im Parteinteresse eine größere Wohnung halten müssen, sind selbstverständlich Zuschläge zu gewähren.

Die Einkünfte der Genossen aus der Parteiliteratur bleiben außer Betracht.

c) Fest angestellte Beamte der Partei dürfen keine Reichstagsdiäten beziehen. Timm-Berlin begründet den Antrag; er enthalte kein Misstrauensvotum gegen den Vorstand. Die Parteigenossen seien nur mit der bisherigen Praxis nicht einverstanden. Der Einwand der besonderen Fähigkeiten könne nicht gelten, es müsse doch mit der idealen Arbeitskraft gerechnet werden. Ein Stück Idealismus müsse doch auch dabei sein. Man wolle die Parteibeamten nicht proletarisiren, aber 3000 Mark seien genug. Er betone, daß dem Antrag jede persönliche Spitze fern liege.

Die Parteigenossen des Teltow-Beeskower Wahlkreises beantragen: Das Gehalt des Geschäftsführers der Parteibuchhandlung des „Vorwärts“ ist auf 3000 Mk. festzusetzen.

Kasper-Steglich begründet den Antrag und schließt sich den Ausführungen Timms an.

Mattutat-Berlin begründet den folgenden Antrag der Genossen des 4. Berliner Wahlkreises: Der Parteitag beschließt, daß an Reichstags-Abgeordnete, die als Beamte der Partei fungiren und ein Gehalt von 4000 Mk. beziehen, keine Extradiaten zu zahlen sind, damit, daß die Ausübung des Reichstagsmandats mit zu den Parteigeschäften gehöre.

Buhl-Essen begründet den Antrag des Parteigenossen Ludwig Marx, Essen. Der Parteitag möge beschließen: An solchen Orten, wo die Parteipresse direktes Parteieigenthum ist, haben die Genossen das Recht, die Redakteure selbstständig zu wählen. Jedoch ist die Parteileitung berechtigt, geeignete Personen in Vorschlag zu bringen. Die Genossen des Wahlkreises seien mit den einschlägigen Verhältnissen besser vertraut als die Parteileitung, sie fänden leichter den geeigneten Mann für die Stellung des Redakteurs.

Kasper-Steglich begründet den Antrag der Parteigenossen des Teltow-Beeskower Wahlkreises: Den Vertrauenspersonen der einzelnen Orte soll der „Vorwärts“ gratis überwiesen werden.

Die Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises beantragen: Der Parteitag wolle beschließen, daß die Reaktion immer kühner auftritt und die Entstehung eines neuen

Ausnahmegesetz mehr den je wahrscheinlich ist, hat die Neugründung von sogenannten Parteigesellschaften (Buchdruckereien, Buchhandlungen u. s. w.) zu unterbleiben.

Schulze-Berlin bittet in der Begründung, dem Gründungsleiter in der Partei entgegenzutreten.

Sonnenberg-Berlin glaubt, daß bei Uebernahme der Vorwärts-Druckerei in eigene Regie die Parteikasse größeren Vortheil haben würde. Die Aenderung könne natürlich nicht sofort geschehen, deshalb empfehle er Einsetzung einer Kommission.

Greiner-Nischerleben bringt eine lokale Beschwerde vor, welche eine Unterstützung mit Geld durch den Parteivorstand betrifft, die unnützlich gewesen sei. Der Vorstand solle immer erst den Vertrauensmann fragen.

Dahlen-Halberstadt hält es für richtig, wenn der Parteivorstand Unterstützungen bewilligt, wenn es sich um den Bau von eigenen Parteiveranstaltungslokalitäten handelt. Den Genossen sei es an vielen Orten unmöglich, sich sonst zu versammeln.

Abg. Bebel: Die leidige Gehaltsfrage ist schon öfter erörtert worden, daß die Partei nach außen hin dabei gut gefahren sei, ist nicht zu behaupten. Vor zwei Jahren handelte es sich um das Gehalt Liebknecht's. Heute wollte man gegen Liebknecht Ausnahme statuieren. Das ist schon erfreulich. Man hätte es gleich im Antrag ausdrücken sollen. Ich habe meinen Standpunkt schon dargelegt. Wir streben danach, unseren Genossen die denkbar höchsten Löhne zu verschaffen, die in den betreffenden Branchen gezahlt werden. Bei der geistigen Arbeit soll das ganz was Anderes sein! Wir leben jedoch in der bürgerlichen Gesellschaft und können nicht heraus. Können wir's, wir thäten es lieber heute wie morgen. Was hat die ganze Debatte für einen Zweck? Die Berichte in den bürgerlichen Blättern über die ungeheuren Parteigehälter werden noch mehr übertrieben. Es werden durch die hier vorliegenden Anträge außer Liebknecht im Ganzen elf Personen betroffen. Es sind drei Redakteure des „Vorwärts“ (einer mit 4200, zwei mit 3200 Mk.), der Genosse Schippel mit 4200 Mark Gehalt, im Hamburger Geschäft sind es vier Personen (der Geschäftsführer, der Kassierer und zwei Redakteure), der Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ und der Redakteur der „Leipziger Volks-Zeitung“. Wie liegt die Sache? Der Redakteur der Rheinischen Zeitung bezieht 5000 Mark und hatte vorher hier an der Frankfurter Zeitung 6500 Mark. Glauben Sie, daß dieser Genosse bleibt, wenn sein Gehalt nur 3000 Mk. betragen darf? Glauben Sie, daß Schönkant in Leipzig bleibt? Sie werden sich hüten. Nun sagt man, mit 3000 Mk. kann man ganz gut leben. Gewiß! Leider müssen 95 pCt. der Bevölkerung mit weniger ankommen. 85 pCt. müssen sich sogar mit 1000 Mark begnügen. Wenn nun z. B. ein nationalliberaler Abgeordneter den Antrag stellt, ein Maximalgehalt von 1000 Mark festzusetzen, welches Geschrei würde sich in unseren Reihen erheben. Dabei hätte der Nationalliberale dieselbe Logik, wie hier die Kritik übenden Antragsteller. Wenn Sie konsequent sein wollen, so dürften Sie nur das höchste Arbeitergehalt, also etwa 1500 Mk. bewilligen. Das Gehalt Luers ist gerechtfertigt. Sein Einkommen ist unter den obwaltenden Umständen kein zu hohes. (Der Redner muß abbrechen, da die Redezeit abgelaufen ist.)

Heine-Hamburg bringt eine Beschwerde gegen den Abgeordneten Auer vor, die persönlicher Natur ist.

Roop-Kottbus bittet die Gehaltsgrenze auf 4000 Mk. festzusetzen, damit sei die geistige Arbeit hoch genug bezahlt. Hat ein Kohlenarbeiter, der den ganzen Tag schindet, nicht schwerer zu arbeiten, als einer der am Schreibtisch sitzt und Artikel schreibt? (Rufe: Nein.) Bei Liebknecht will ich eine Ausnahme gelten lassen. Redner bemängelt noch das Gehalt des Sozialdemokraten-Redakteurs.

Storch-Stettin vermißt Agitation in Hinterpommern durch den Parteivorstand. Es ist dort entschiedenes Bedürfnis, einmal einen anderen Agitator zu hören. Der Prophet gilt bekanntlich nichts in seinem Vaterlande. Deshalb genügt bei uns der Genosse Herberich nicht. Er bemängelt die Ausgabe von 500 Mark als Umzugskosten für den Umzug des Genossen Pfannkuch von Hamburg nach Berlin. Wenn er bedenke, wie oft er während des Ausnahmegesetzes habe umziehen müssen, so erscheine ihm diese Summe als Proletarier zu hoch. Gegen die hohen Gehälter der Redakteure habe er an sich nichts. Jeder verkaufe seine Arbeitskraft so hoch, wie er sie bezahlt bekomme. Die Redakteure sollten sich aber nicht in die inneren Parteiangelegenheiten einmischen dürfen. Redner erklärt sich schließlich dafür, daß an die Parteibeamten keine Reichstagsdiäten gezahlt werden.

Raue-Nierlohn tritt den Reduktionsanträgen der Parteigehälter entgegen. Die Partei müsse es als eine Ehrenpflicht betrachten, ihre Beamten anständig zu bezahlen.

Abg. Legien-Hamburg bittet den Vorstand, in den polnischen Distrikten Deutschlands größere Agitation zu entfalten durch polnisch sprechende Agitatoren. Was die Parteigehälter betrifft, so müsse berücksichtigt werden, daß die Beiträge großentheils aufgebracht werden, und es entstehe die Frage, ob diese so schwer aufzubringenden Groschen ausgegeben werden müssen für Leute, die doch auch nur ihre Pflicht in der Partei thun. Einen Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit könne er nicht gelten lassen. Wer geistig besser veranlagt ist, habe die Pflicht, diese Anlagen in den Dienst der Partei zu stellen. Bebel sagt, wir leben in der bürgerlichen Gesellschaft. Ja wohl, in einer bürgerlichen Gesellschaft, in der

95 Prozent weniger als 3000 Mark Einkommen haben. Nach diesen müssen wir uns richten. Er bestürzte die Anträge auf Reduktion. Er verlange nicht von Auer, daß er übermäßig arbeite. Im Gegentheil, er solle nur recht kurze Zeit arbeiten, lieber dann noch eine zweite Kraft anstellen und so einem begabten Parteigenossen, der arbeitslos ist, Verdienst zu verschaffen. (Beifall bei einem Theile des Parteitag.)

Wesjch-Crefeld: Es ist nicht möglich, für die Beamten eine Gehaltsgrenze festzusetzen. Er bittet, alle Anträge abzulehnen.

Timm-Berlin: Was unsere Gegner zu unseren Verhandlungen sagen, kann uns ganz schimpfen sein. Wir vertreten unseren Antrag. Wenn in Folge dessen einzelne Personen der Partei den Rücken kehren sollten, so schade das nichts. Diese Personen seien dann nie Sozialdemokraten gewesen. Die „Anbrängelung von oben“, wie es Bebel früher genannt hat, würde dann schwächer werden. Schippel habe früher bei der „Volkskristall“ 2500 Mark bekommen, seine geistige Arbeitskraft sei doch damals nicht weniger hoch gewesen, als jetzt, wo er 1700 Mark mehr bekomme. Die Begründung des Genossen Bebel sei nicht zutreffend. Gegen den Antrag des nationalliberalen Abgeordneten könnten wir den Dpfermuth innerhalb unserer Partei ins Feld führen. Wir müssen uns an die Grenzen halten, die für die Lebenshaltung nothwendig sind.

Abg. Bebel: Timm hat ja schon etwas klein beigegeben, er will wenigstens für akademisch Gebildete Ausnahmen zulassen; aber das ist ja genau eine ebenso große Schematisierung. Sehr bezeichnend war die Aeußerung Legiens, der sich auf das Programm beruft, indem kein Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit gemacht werde. Was in zukünftiger Gesellschaft werden wird, wo man allerdings diesen Unterschied nicht kennen wird, kann uns doch heute nicht bestimmen, wo die Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft maßgebend sind für die Honorirung der qualifizierten und unqualifizierten Arbeit. Wenn sich Legien auf den Idealismus beruft, der einzelne Parteigenossen zum Verzicht auf höheres Gehalt veranlassen soll, warum verachtet er denn nicht für seine Person auf die Honorare vom sozialpolitischen Zentralblatt, die ja ungleich viel höher sind, als die eines Parteiorgans. Ich gönne aber Legien die Honorare, würde ihm sogar die dreifachen Honorare gönnen. Schippel war vorher in viel angesehener Stellung bei der „Neuen Zeit“ angestellt, wir hielten es für selbstverständlich, ihm die 4200 Mk. zu bewilligen, er hat sie nicht einmal gefordert. Ist der Parteitag aber der Meinung, daß für die Parteibeamten zu hohe Aufwendungen gemacht werden, nun gut, so beschneide man die Gehälter; aber dann wähle man sich auch eine Parteileitung, die diesen neuen Grundsätzen Rechnung tragen will und kann. Wir müssen doch die Waare nach dem Marktwert bezahlen. Für den Leiter einer großen Buchhandlung sind 4000 Mark nicht zu viel. Parteibeamte sollen keine Diäten erhalten. Das ist doch ein ganz unbilliges Verlangen. Bei dem sehr bescheidenen Gehalt kann kein Parteibeamter ohne Zuschuß in Berlin leben. Die Zuschüsse sind auch sehr bescheidene. Berliner Parteibeamte erhalten 3 Mark Diäten, Berliner Abgeordnete, die ihr Geschäft vernachlässigen müssen, 6 Mark, auswärtige Parteibeamte 6 Mark täglich und 25 Mark monatlichen Wohnungszuschuß, auswärtige Abgeordnete aus bürgerlichen Berufen 9 Mark täglich und 25 Mark monatlich Wohnungsgeld-Zuschuß. Das sind gewiß nicht zu hohe Diäten. Wir müßten auf eine ganze Reihe von Intelligenzen verzichten, wollten wir die Diäten streichen. Und an Intelligenzen ist kein solch großer Ueberfluß. Für 3000 Mark bekommen wir nie und nimmer einen geeigneten Redakteur für den „Vorwärts“. Der zweite Redakteur des „Vorwärts“ bekommt jetzt 4200 Mark, während er vorher bei einer Wochenschrift 5000 Mark hatte. Einem Anderen boten wir 3600 Mark, er verzichtete dankend, weil er als Korrespondent mehr verdient. Noch eins! Lehnen Sie um himmelswillen den Antrag auf Uebernahme des „Vorwärts“ in eigene Regie ab. Wir sind keine Partei, die Geschäfte macht, sondern eine Kampfpartei. Eine Druckerei in Berlin kostet uns 200,000 Mark. Kommt ein Ausnahmegesetz, so streicht die Polizei die ganze Geschichte lachend ein. (Lebhafter Beifall.)

Singer theilt mit, daß vom Nationalrath der französischen Arbeiterpartei eine Begrüßungs-Adresse eingelangt ist, daß außerdem die holländischen Genossen Nieuwenhuis'scher Richtung sich darüber beschwerten, daß die Parteileitung dem andern Theile der holländischen Genossen eine Summe von 2500 Mark zu Wahlzwecken gesandt habe.

Es tritt die Mittagspause ein.

Lübeck und Umgegend.

24. Oktober.

Wer wird der genaueführte Schüler sein? so fragt unser Amtsblatt im Hinblick auf den auch von uns veröffentlichten Artikel Bebel's und den Parteitag. Wir glauben, lediglich das Amtsblatt selbst. Es hat eben wieder einmal eine unverzeihliche Dummheit verbrochen.

In der Straffache gegen den Schuhmacher Joachim August Theodor Boye zu Mori, geboren am 17. Juli 1862 zu Borwert, wegen Vergehens gegen § 186 St.-G.-B. hat das Schöffengericht der freien und Hansestadt Lübeck in der Sitzung vom 10. Juli 1894, an welcher Theil genommen haben Amtsrichter Dr. Leber, als Vorsitzender, Kunstgärtner Ruff, Schneidermeister Jäger als Schöffen, Referendar Dr. Müller als Anwalt, Gerichtsschreiber Höft als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung des Dekanomen des

Stadelsdorfer Armen-Arbeitshauses Hamburg zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tg. verurtheilt. Er hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Dem Dekanomen Hamburg wird die Befugniß zugesprochen, den entscheidenden Theil dieses Urtheils auf Kosten des Verurtheilten binnen vier Wochen nach Rechtskraft dieses Urtheils durch den Lübecker „General-Anzeiger“ und den „Lübecker Volksboten“ je ein Mal öffentlich bekannt zu machen. Die Veröffentlichung im „Lübecker Volksboten“ hat in demselben Theile des Blattes zu erfolgen, wo der Artikel des Angeklagten in Nr. 41 des Blattes seinen Platz gehabt hat. Dem Verurtheilten ist eine Ausfertigung des Urtheils auf Kosten des Verurtheilten zu erteilen. — — — Göt., Gerichtsschreiber.

Der Prozeß, welchen die Anwohner der Krafftstation in der Braunstraße mit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft führten, ist gestern durch Vergleich erledigt. Die Gesellschaft hat hiernach die beiden Häuser, und zwar das Stuhl'sche für 26 000 Mk. und das Hempel'sche für 49 000 Mk. gekauft, auch bezahlt sie die Umschreibungsgebühren.

Aufgehobene Sperre. Die am 4. d. Mts. angeordnete Sperrung der von dem Viehhofe nach dem Schlachthause führenden Straße für den Fuhrwerksverkehr ist wieder aufgehoben.

Die Rekruten, welche jetzt in den Militärdienst eingetreten sind, seien darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Quittungskarten über die geleisteten Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung gut aufbewahren müssen, da solche nach der Entlassung bei Wiedereintritt in versicherungspflichtige Beschäftigung abzugeben sind. Die Militärdienstzeit wird den Versicherten später so angerechnet, als hätten sie während dieser Zeit Beiträge geleistet.

Ueber erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen wird Herr Dr. Schorer Unterricht erteilen. Derselbe beginnt am Dienstag den 30. d. Mts., Abends 7 Uhr, in der Gewerbeschule. Meldungen hierzu sind bald beim Direktor der Gewerbeschule einzureichen.

Einen Baunternehmer sollen zwei Maurer und ein Maurerarbeitmann durchgeprüft haben und es ist deshalb Untersuchung eingeleitet. Ob vorenthaltener Lohn der Streitpunkt gewesen ist, entzieht sich noch unserer Kenntniß.

Ein ungewolltes Bad nahm gestern Nachmittag ein in der Augustenstraße wohnender Tischlergeselle in der Wakenitz. Er konnte jedoch ohne fremde Hilfe das nasse Element wieder verlassen.

Ein Opfer seines Berufes wurde, nach der „E.-Z.“, am Montag der Matrose Jonson vom Schwed. Dampfer „Svithjod“. Etwa drei Stunden vor Travemünde ging eine Sturzwelle über das Schiff und nahm den auf dem Vorderdeck befindlichen Jonson mit. An eine Rettung war bei dem furchtbaren Sturm leider nicht zu denken. Jonson hinterläßt eine Frau und 3 Kinder.

Die Brandwunden, welche die Frau des Schuhmachers B. im Gr. Niesau am Montag Nachmittag erlitten hat, sollen nach dem Gutachten eines Arztes nicht allzu gefährlich sein. B. selbst soll bei der Hilfeleistung, welche er seiner Frau zu Theil werden ließ, einige, allerdings unerhebliche Brandwunden davongetragen haben.

Travemünde. Am letzten Sonntag Abends 8 Uhr fand im Lokale des Herrn Schulz (Stadt Kiel) eine öffentliche Volksversammlung mit folgender Tagesordnung statt: Bericht der gemeinsamen Kommission des Lübecker Senats und der Bürgerschaft betr. Aufbringung der Kosten zum Bau des Elbe-Trave-Canals. Genosse C. Meyer aus Lübeck führte den Anwesenden in seinem Vortrage klar vor Augen, wie wiederum die nicht leistungsfähigen Schultern am allermeisten zur Zahlung herangezogen werden sollen. Redner forderte, nachdem er alle von der Kommission vorgeschlagenen Steuern eingehend besprochen und kritisiert hatte, die Anwesenden auf, auch hier in Travemünde gegen die vorgeschlagenen Steuern Protest zu erheben, damit die nicht leistungsfähigen Schultern von der Mehrbelastung befreit bleiben. Zum Schluß gelangte die in Lübeck von den Volksversammlungen angenommene Resolution auch hier einstimmig zur Annahme. Obwohl in der Versammlung eine Anzahl Gegner anwesend waren und vom Vorsitzenden mehrere Male angefordert wurden, ihre Ansicht zu äußern, so besaßen sie doch nicht den Muth, sich zum Wort zu melden. — Kurz nach 10 Uhr schloß der Vorsitzende, nachdem noch im Schlußwort vom Referenten zum Abonnement auf den „Lübecker Volksboten“ aufgefordert war, mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie die Versammlung.

Thut nach meinen Worten aber nicht nach meinen Werken. So hatte seiner Zeit jedenfalls auch Pastor Müller aus Oldenburg seiner Gemeinde gegenüber gedacht. Ueber das Vermögen des Pastors, welcher augenblicklich wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung eine vierzehnjährige Zuchthausstrafe abbüßt, ist die Summe von 305,099,20 Mk. erforderlich, vorhanden sind aber nur 27,479,79 Mk. Die Gläubiger werden also höchstens 9 Prozent ihrer Forderungen erhalten; viele von ihnen sind Eingeseffene der früheren Gemeinde des Seelforgers. Pastor Partisch, welcher ebenfalls wegen Unterschlagung von 22,000 Mk. verfolgt wurde, ist in Benedit, wo er augenblicklich in einem Hospital krank darnieder liegt, verhaftet. Der letztere hat an den Geheimrath Ramsauer einen Brief geschrieben, in welchem er seine That auf das Tiefste bereut, wie pfäffisch! Dieser Brief wurde der Gemeinde in der Kirche vorgelesen; das muß recht erbaulich gewesen sein.

Neueste Nachrichten.

Rom. Die von der Behörde verfügte Auflösung sämtlicher sozialistischer Vereine verursacht unter den Arbeitern große Erregung.

Paris. In ganz Frankreich macht sich eine starke Opposition gegen die Schutzollpolitik der Regierung geltend. — Die Presse bespricht die Rede des Vorsitzenden der Handelskammer von Lyon und konstatiert, daß die vom Redner angeführten Ziffern eine Abnahme der Ausfuhr in den Jahren 1891—1893 von 1,248,000 Franken

Der Kampf um die Schule in England.

Schon zu Anfang unseres Jahrhunderts lenkte der Sozialist Robert Owen die Aufmerksamkeit des englischen Volkes auf die Nothwendigkeit einer guten und systematischen Jugendbildung. Owen selbst ging mit leuchtenden und ermutigenden Beispielen voran. Auf seine eigenen Kosten baute er Schulen für die Kinder der Arbeiter, die er zu vorurtheilsfreien, selbstständigen denkenden und harmonisch entwickelten Menschen erzog. Die Bourgeoisie bewunderte die Erziehungskunst und die Hingebung Owens. Aber wie immer blieb es bei der Bewunderung: von Thaten war bei ihr nichts zu merken. Und sie hatte ihre Gründe dafür. Das Wissen weckt die Würde und das Selbstbewußtsein des Menschen; es erhebt und befreit ihn — wenn auch vorläufig nur innerlich — und ein solches Proletariat kann das Kapital nicht gebrauchen. Der Krant- oder Schlotjunger braucht willige Ausbeutungsbjekte, aber keine an ihren Ketten rüttelnde Männer. Die herrschenden Klassen Englands thaten deshalb nichts für die Volksschule.

Bis 1870 bestand kein Schulzwang und die Hälfte der Arbeiterkinder Londons entbehrte jeder Schulbildung. Wenn dies in der Metropole der Welt geschah, wie traurig muß es da erst in der Provinz, auf dem Lande ausgefallen haben!

Im Jahre 1867 wurde nach langer Agitation das englische Wahlrecht ausgedehnt und das Parlament, das auf Grund dieser Reform gewählt worden war, nahm 1870 ein Gesetz über die „elementare Erziehung“ an (Elementary Educational Act) und der Schulzwang wurde eingeführt. Das Volksschulwesen wurde den Volksschul-Kommissionen (School Board) unterstellt, die auf drei Jahre vom Volke gewählt werden. In der Hand dieser Kommissionen liegt das Schicksal der englischen Jugend und die Zukunft des englischen Volkes.

Die 1891 gewählten Kommissionen bestanden in ihrer Mehrheit aus Konservativen und Klerikalen. Wie diese Männer ihres Amtes gewaltet haben, ist nicht schwer zu errathen. Die Konservativen sind überall Feinde der Schule und der gebildeten Lehren. Nur alles beim Alten und Abgestorbenen belassen; hinter jedem neuen Gedanken sehen sie die rothe Revolution. In den „Kreuzschreibern“, dem Meisterwerke Ludwig Angenraters, sagt der Großbauer: „Des wist's, wie ich in Art auch allweil danach 'han hab', wie ich gegen jede Neuerung war, woher s' auch kamma is — drum, weil das, was zu Recht und Ordnung bestehen kann, schon unsern Vorvordern bekannt war, und was die nit kennt haben, a nit mit Recht und Ordnung vertraglich is!“ Das ist die Logik aller Konservativen. Was nun die Männer der Kirche betrifft, so haben sie in ihrer Mehrheit stets zu den Konservativen gehalten. Die Geschichte des Parlamentarismus in England liefert dafür zahlreiche Beweise. Immer waren es die Bischöfe, die im Oberhause (House of Lords) gegen jede Reform stimmten. Und wenn sie für die Schule ein größeres Interesse an den Tag legten als die Konservativen, so geschah dies nur, um das Volk in einer religiösen Orthodogie zu erhalten. Nur wenige Vertreter des Christenthums haben die Jugend günstig beeinflusst. Nach einem Berichte eines

in der Minderheit gebliebenen Kommissionsmitglieds mußten sehr viele Kinder wegen Mangels an Schulklassen vom Unterrichte ausgeschlossen werden; viele Schulklassen waren überfüllt. 164,018 Kinder in England konnten nur halbe Tage die Schule besuchen, da sie täglich von 7—1 Uhr in der Fabrik arbeiten mußten. 30,000 Kinder in London kamen in die Schule, ohne zu Hause etwas genossen zu haben; die Eltern waren außer Arbeit und die Familie mußte deshalb hungern. 3200 Lehrer und Lehrerinnen beziehen ein wöchentliches Gehalt von unter 20 Mark. Lehrer-Seminare giebt es in England nicht; religiöse Gesellschaften und Sektarien übernehmen die Ausbildung der Lehrer. Noch während ihrer Ausbildung müssen sie in der Schule unterrichten. Man kann deshalb sehr oft sehen, daß 15jährige Jungen und Mädchen, die selber noch des Unterrichts bedürfen, bereits als Jugendbildner thätig sind. Der freisinnige Manchesterstaat hat hier Zustände gezeitigt, wie sie schmachvoller und skandalöser vielleicht nur noch in dem absolutistischen Zarrenstaate vorkommen könnten.

Ende dieses Monats läuft die dreijährige Schulperiode ab und die Parteien rüsten sich bereits zum bevorstehenden Wahlkampf. Sehr rührig sind die Klerikalen, die sich jetzt das soziale Mäntelchen umhängen — auch ein Zeichen der Zeit — nicht lässig sind aber auch die Sozialdemokraten. Unsere Genossen stellen überall, wo Aussicht auf Erfolg vorhanden, ihre Kandidaten und Kandidatinnen auf, die Frauen sind ebenfalls wählbar.

Und es ist nicht uninteressant zu sehen, welche Ansichten unsere englischen Genossen in ihrem Wahlprogramme über Schule und Erziehung entwickeln. Die Hauptpunkte desselben sind:

- 1) Der Elementarunterricht muß ein obligatorischer, religionsloser und unentgeltlicher sein.
- 2) Jeder höhere oder technische Unterricht muß ebenfalls kostenlos und allen Klassen zugänglich sein.
- 3) Die Schüler sind darauf hinzuweisen, daß nur Arbeit gepaart mit der Natur die Quelle alles Reichthums ist (that of labour applied to natural objects is the source of all wealth).
- 4) Die Hygiene ist in den Unterrichtsplan aufzunehmen; die Zusammensetzung und Wirkungen unserer Nahrungsmittel sind beim Unterricht besonders zu berücksichtigen.
- 5) Kein Lehrer darf mit mehr als 30 Schülern belastet werden.
- 6) Es sind besondere Lehrerseminare einzurichten.
- 7) Die Schulkinder sind aus öffentlichen Mitteln zu unterhalten.
- 8) Jede Schule soll ihre Turnsäle, Spielplätze und Schwimmbäder haben. Auf gymnastische Übungen ist großes Gewicht zu legen.
- 9) Die von der School Board beschäftigten Arbeiter müssen mindestens die von den Gewerkschaften festgesetzten Löhne erhalten.
- 10) Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten gleiche Löhne für gleiche Arbeit.
- 11) Es soll nicht länger als acht Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich gearbeitet werde.
- 12) Die Arbeiten müssen direct an die Arbeiter vergeben werden; Vermittler oder Privatunternehmer sind auszuschließen.
- 13) Die Schulräume sind für politische und sozialpolitische Versammlungen zur Verfügung zu stellen.

Das ist das Schulprogramm der englischen Sozialdemokratie. Die Durchführung dieser Forderungen hängt vom Volke ab. Die Eltern können hier frei über die

Erziehungsweise ihrer Kinder entscheiden. Wir sind indes nicht so optimistisch, schon jetzt eine günstige Entscheidung zu erwarten. Die sozialdemokratische Bewegung ist noch jung und nicht so umfassend und allseitig wie in Deutschland. So ist z. B. in England unbekannt, daß sich Arbeiterversammlungen mit Religion, Physik, Geschichte, Pädagogik u. a. beschäftigen; für diese Gegenstände giebt es öffentliche Vorträge, die Jedermann besuchen und in der Diskussion eingreifen darf. Unter dem Schutze der vollständigen Redefreiheit diskutieren da mit einander Geistliche, Freidenker, Sozialisten und Atheisten. Die geistliche Scheidung der Klassen ist deshalb bei Weitem nicht so vorgeschritten wie die materielle. Hierzu kommt noch, daß das Wahlrecht noch nicht allgemein durchgeführt ist; es sind viele Arbeiter vom Wahlrechte ausgeschlossen. Aber nach einigen Jahren thätiger Agitation wird das Schulgesetz von 1870 ein mächtiger revolutionärer Hebel sein im Befreiungskampfe des Proletariats. „Leipz. Volksz.“

Soziales und Partei-Leben.

Die Polizeidirektion in München erklärte die örtliche Verwaltungsstelle des Deutschen Metall-Arbeiter-Verbandes in München als einen politischen Verein, weil die in der letzten Zeit im Vereine gehaltenen Vorträge einen stark politisch gefärbten Charakter getragen hätten. Diese Erklärung dürfte einer Auflösung gleichkommen und erscheint für die gesammte Gewerkschaftsorganisation von schwerer Bedeutung. Will Bayern den „hellen“ Sachsen nach-eifern?

Bochum. Der nationale Bergarbeiter-Kongress findet am 26. und 27. Dezember, wahrscheinlich in Essen statt. Lohreduktionen in den staatlichen „Muster“-betrieben. Wie wir bereits mittheilten, hat die Direction der königlichen Munitionsfabrik in Spandau in Spanien ihren Arbeitern den Lohn um 5 Pfennig pro Stunde gekürzt. Der „Vorwärts“, der die Richtigkeit dieser von Berliner Blättern gebrachten Nachricht bezweifelte, erhielt von den Arbeitern der Munitionsfabrik eine Zuschrift, die bestätigt, daß die angezeigte Reduktion wirklich stattgefunden hat. In der Zuschrift heißt es u. a.: Die Arbeitsweise in der königlichen Munitionsfabrik in Spandau ist der Massenafford, der sich derart gestaltet, daß der Verdienst unter den Arbeitern der verschiedenen Kategorien gleichmäßig vertheilt wird. Nun ist z. B. aber für die Schloffer ein Minimallohn von 50 Pfennig festgesetzt worden, welcher am 9. September d. J. ohne ersichtlichen Grund auf 45 Pfennig herabgesetzt wurde. Auch ist der Afford jetzt so gestellt, daß unter ihm kaum 45 Pfennig pro Stunde zu verdienen sind. Was sollten wir unter dem heutigen Elend im Musterstaate der Sozialreform, wo tausende arbeitswillige Leute durch die kapitalistische Produktionsweise auf die Landstraße getrieben sind, Anderes thun, als mit dem kochenden Ingrimm in der Brust ergehen ein hohes Kriegsministerium darum zu bitten, doch den Verdienst, den wir unter lauem Schweiß für uns und unsere zum Theil zahlreiche Familie arbeiten müssen, wieder auf die alte Höhe hinauf zu setzen? Von 200 Arbeitern, die von der unserer Ansicht nach durch aus ungerechtfertigten Lohnherabsetzung betroffen worden sind, haben 172 Mann eine solche Petition unterschrieben. Wir warten aber bis

Oliver Twist.

Sozialer Roman von Charles Dickens.

(28. Fortsetzung.)

Der Jude legte ihr noch mehrere andere Fragen in derselben Absicht vor, zu erforschen, ob sie die ihm im unbewachten Augenblicke entschlüpften Andeutungen beachtet und verstanden hätte; allein sie antwortete und hielt seine Forchtblicke so unbefangen aus, daß er seinen ersten Gedanken, daß sie zu viel getrunken, vollkommen bekräftigt zu sehen glaubte. Und Miß Nancy war allerdings nicht frei von der unter Fagin's Pöglingsinnen gewöhnlichen Schwäche, der Neigung zum übermäßigen Genuß geistiger Getränke, worin sie in ihren zarteren Jahren eher bestärkt wurden, als daß man sie davon zurückgehalten hätte. Ihr wüßtes Aussehen und der das Gemach auffüllende starke Genevreegeruch dienten zum bekräftigenden Beweise der Wichtigkeit der Annahme des Juden; und als sie endlich zu weinen und gleich darauf wieder zu lachen anfing, und wiederholt rief: „Heißa, wer wollte den Kopf hängen lassen!“ so zweifelte er, der in Sachen dieser Art seiner Zeit große eigene Erfahrungen gemacht hatte, nicht mehr, und freute sich höchlich der Gewißheit, daß sie in der That sehr weit gediehen wäre.

Er empfand nunmehr eine große Erleichterung, und entfernte sich sehr zufrieden, seinen doppelten Zweck erreicht zu haben, dem Mädchen zu hinterbringen, was ihm von Toby mitgetheilt worden war, und sich mit eigenen Augen zu überzeugen, daß Sikes nicht zurückgekehrt wäre. Es war eine Stunde vor Mitternacht und die bitterste Kälte; er säumte daher nicht, seine Wohnung baldmöglichst zu erreichen. Als er an der Ecke der Straße, in welcher

sie lag, angelangt war, und schon in der Tasche nach dem Hauschlüssel umhergriff, trat plötzlich und unhörbar ein Mann hinter ihn und flüsterte seinen Namen dicht an seinem Ohre. Er mendete sich rasch um und sagte: „Ist das —“

„Ja, ich bin's!“ unterbrach ihn der Mann barsch. „Hab' hier seit zwei Stunden aufgefaßt. Wo zum Teufel seid Ihr gewesen?“

„Beschäftigt in Euren Sachen, mein Vieber,“ erwiderte der Jude, ihn unruhig anblickend und einen langsameren Schritt annehmend. „Den ganzen Abend beschäftigt in Euren Sachen.“

„Ei, natürlich,“ sagte der andere höhnisch. „Was habt Ihr denn ausgerichtet?“

„Nicht viel Gutes,“ antwortete Fagin.

„Ich will hoffen, nichts Schlimmes,“ fiel der Vermummte stillstehend und den Juden wild ansehend ein.

Fagin schüttelte den Kopf und war im Begriff, zu erwidern, als ihn der Vermummte unterbrach und sagte, er wolle lieber drinnen im Hause anhören, was er würde hören müssen, denn er wäre halb erfroren. Der Jude sah ihn mit einer Miene an, die offenbar genug verkündete, daß er des Besuches zu einer so späten Stunde gar gern überhoben wäre, und murmelte, daß er kein Feuer habe und Aehnliches; allein der unwillkommene Gast wiederholte seine Erklärung, einsprechen zu wollen, mit großer Bestimmtheit, und Fagin schloß die Hausthür auf und sagte ihm, er möge sie leise verschließen, während er selbst Licht holen wolle.

„Es ist hier so finster als im Grabe,“ bemerkte der Besucher, ein Paar Schritte vorwärts tappend. „Nacht geschwind, ich kann solche Dunkelheit nicht leiden.“

„Verschließt die Thür,“ flüsterte Fagin unten auf der

Hausflur, und während er sprach, wurde die Thür mit donnerndem Schalle zugeworfen.

„Das hab' ich nicht gethan,“ sagte Fagin's Peiniger, sich vorwärts schübend. „Der Wind schlug sie oder sie that sich von selber zu. Macht geschwind, daß Ihr Licht bekommt, oder ich stoße mir in diesem verwünschten Loche den Kopf noch ein.“

Fagin schlich in die Küche hinter, und kehrte bald darauf mit einem angezündeten Lichte und der Kunde zurück, daß Toby Crackit unten im Hinter- und die Knaben im Vorderzimmer schliefen. Er winkte dem Ungeladenen, und führte ihn die Treppe hinauf in ein Zimmer des oberen Stockwerks.

„Wir können sagen hier die Paar Worte, die wir haben zu sagen,“ begann er, als sie eingetreten waren, „und ich will das Licht setzen draußen an die Treppe, denn in den Fensterläden sind Löcher, und wir lassen niemals sehen die Nachbarn, daß wir Licht haben.“

Er stellte den Leuchter der Thür des Zimmers gegenüber, in welchem sich nur ein gebrechlicher Sessel und hinter der Thür ein altes Lotterbett ohne Ueberzug befand, auf das der müde Fremde sich warf. Der Jude setzte sich vor ihn in den Sessel. Da die Thür halb offen stand, so war es im Zimmer nicht ganz finster, und das draußen stehende Licht warf einen schwachen Schein auf die Wand gegenüber.

Sie flüsterten einige Zeit so leise mit einander, daß ein Horcher von ihrer Unterredung nur etwa so viel hätte verstehen können, um daraus zu entnehmen, daß sich Fagin gegen Beschuldigungen des Fremden vertheidigte, und daß sich dieser in einer sehr gereizten Stimmung befand. Sie mochten etwa eine Viertelstunde geflüstert haben, als Monks — denn so hatte der Jude seinen Begleiter mehrere Male genannt — etwas lauter sagte:

